Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 3spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 18 — Sonnabend den 21. Januar 1922. — 81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichstag und Preußischer Landtag nahmen Donnerstag ihre Arbeiten auf.

* Der preußische Staatsrat stimmte dem Gesetzentwurf über die Einverleibung Pyrmonts in Preußen zu.

* Poincarés Regierungsprogramm erklärt, Frankreich müsse zu einem militärischen Druck an den Rheinbrückenköpfen schreiten und sich das Recht zu einer direkten Verfolgung Deutschlands vorbehalten.

* In Paris ist eine englische Note mit einem neuen Entwurf für den englisch-französischen Geheimvertrag eingelaufen.

* Nach italienischen Berichten hat Briand in Cannes Bonomi ein französisch-italienisches Sonderabkommen angeboten, und Poincaré habe beschlossen, die Initiative Briands weiter zu verfolgen.

* Papst Benedikt XV. ist nicht unbedenklich an einem starken Bronchialkatarrh erkrankt.

* Der Dollar notierte an der Berliner Donnerstagbörse 189 Mark.

Um das Steuerkompromiß.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Nicht immer zeigt sich so deutlich wie gerade in diesen Tagen, wie sehr in der großen Staatsmaschine ein Rad in das andere greift, und wie eng die einzelnen wichtigen Probleme der Außen- und Innenpolitik miteinander im Zusammenhang stehen. Unsere Zahlungen an die Entente, der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft und des Handels, die innere Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft und der Staatsbetriebe, die Versuche, eine weitergehende Einigkeit zwischen den politischen Parteien herbeizuführen, die immer noch in dem Gedanken der großen Koalition gipfeln, alles das sind nur einzelne Teile eines großen Ganzen, welches nicht vorwärts gebracht werden kann, wenn an irgend einem dieser Räder der großen Maschine eine Hemmung eintritt. Die goldene Achse, um die sich die ganze Maschine letzten Endes bewegt, ist allerdings nach wie vor die Geldfrage, sowohl, was unsere Verpflichtungen nach außen hin betrifft, als auch, soweit die Zahlungen jedes einzelnen Staatskörpers an die Reichskasse in Frage kommen. In der Frage, was wir an sogenannten Reparationszahlungen im Laufe der folgenden Zeit an Frankreich, England und die anderen abzuliefern haben, ist jetzt bekanntlich eine neue Wendung eingetreten, insofern, als uns zum erstenmal aufgegeben wurde, selbst den Plan auszuarbeiten, in welcher Form und in welcher Höhe wir nach unserer eigenen Einschätzung leistungsfähig sind. Die Voraussetzung für die Aufstellung eines solchen Planes ist natürlich, daß sich die maßgebenden Leute in der Regierung und in den Parteien erst einmal untereinander völlig klar darüber werden, was sie für die Höchstgrenze halten, bis zu der man die deutsche Volkswirtschaft und jeden einzelnen Volksgenossen belasten kann, ohne ihn seiner unentbehrlichen Lebensnotwendigkeiten zu berauben. Gerade in diesem Punkte aber gehen die Meinungen ziemlich weit auseinander, und schon seit Wochen findet in Berlin eine auch jetzt noch nicht zum endgültigen Abschluß gelangte Reihe von Verhandlungen zwischen den Führern der Regierungsparteien über die Frage statt, wie man das große neue Steuerprogramm der Regierung, welches ja den Grundpfeiler bilden soll, auf dem das Gebäude unserer finanziellen Leistungen errichtet wird, in eine Form bringen soll, welche die Zustimmung einer möglichst großen Mehrheit des Reichstages finden könnte.

Während bisher der hauptsächlichste Differenzpunkt zwischen bürgerlichen und sozialistischen Parteien darin zu erblicken war, daß die Sozialdemokraten die Erfassung der Sachwerte zur unerläßlichen Voraussetzung für ihre Zustimmung zu den die breiten Massen besonders belastenden Verbrauchssteuern machten, scheint man jetzt diesen gefährlichen Stein des Anstoßes etwas beiseite geschoben zu haben. Zwar warnen sozialdemokratische Stimmen, unter anderem der bekannte Führer der Partei, der frühere Reichskanzler Hermann Müller, unablässig davor, auf einem Programm zu bestehen, welches die Wünsche der Sozialdemokratie nicht genügend in Rechnung stelle. Man hört dabei sogar die Drohung, daß möglicherweise die Regierung über einem solchen Programm zu Fall kommen könnte. Aber nach dem Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, dessen Verhandlungen im einzelnen zwar streng vertraulich sind, über den man aber immerhin soviel erfahren hat, daß die Stellung der Regierung, insbesondere des Kanzlers Dr. Wirth, fester als je ist, und zwar auf Grund der von ihm und Dr. Rathenau betriebenen auswärtigen Politik, die auch die Zustimmung einzelner weit rechtsstehender Politiker gefunden haben soll. Man kann wohl damit rechnen, daß die Sozialdemokratie veranlaßt sein wird, der mit ihr verbündeten Zentrumspartei gewisse Zugeständnisse zu machen, anstatt die Regierung zu zwingen, den sozialdemokratischen Wünschen restlos nachzugeben.

Die Einigung auf mittlerer Linie, die man jetzt eifrig herzustellen bemüht ist, schiebt daher, soweit aus parlamentarischen Kreisen verlautet, den Plan einer Erfassung der Sachwerte in eine fernere Zukunft. Vorläufig plant man, für die Besteuerung des landwirtschaftlichen Besitzes auch auf die inzwischen diskutierte Verbindung zwischen einer Berechnung nach dem Ertragswert und dem sogenannten gemeinen Wert zu verzichten und der Regierungsvorlage zuzustimmen. Für dieses Zugeständnis verlangt die Sozialdemokratie höhere Zuschläge zu den Vermögenssteuern, ferner die baldige Erfassung eines größeren Teiles des Reichsnotopfers, als bisher vorgesehen war, und schließlich die baldige Inangriffnahme des Entwurfes einer Zwangsanleihe. Dieser letztere Plan muß jedoch ganz von selbst noch einige Zeit aufgeschoben werden, weil dafür erst einmal die vorläufig noch nicht festgestellte Veranlagung zur Vermögenssteuer als Unterlage gebraucht wird. Der Gedanke der Erfassung der Sachwerte dagegen wird zurückgestellt, und man soll in sozialdemokratischen Kreisen planen, ihn erst dann wieder hervorzuholen, wenn für die Leistungen an das Ausland, die ja im gegenwärtigen Haushaltsplane nicht berücksichtigt sind, neue Quellen erschlossen werden müssen. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß in dem ungefähren Rahmen des hier skizzierten Planes eine Einigung bald bevorsteht.

Ein solches Kompromiß würde sich allerdings zunächst nur auf das Zentrum und die Sozialdemokratie erstrecken. Inwieweit die anderen Parteien ihre Zustimmung dazu geben könnten, steht noch dahin. Für diese sind im wesentlichen außenpolitische Rücksichten maßgebend, und es wird im wesentlichen darauf ankommen, wie der für die Entente bestimmte deutsche Zahlungsplan ausfällt. Dann erst werden weitere Kreise des Parlaments in der Lage sein, ihr Urteil darüber abzugeben, ob sie dieses neue Regierungsprogramm für durchführbar halten, und davon wieder wird es abhängen, ob die jetzige schwache Basis der Regierung zu einer großen Koalition erweitert werden kann.

Besonders im Hinblick darauf, daß auf der bevorstehenden Konferenz von Genua die deutsche Regierung mit viel größerer Autorität auftreten kann, wenn sie sich auf eine große Majorität des Parlaments stützt, ist zu wünschen, daß der deutsche Zahlungsplan unter Mitarbeit aller auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung dazu berufenen politischen Kreise in einer Form zustande kommt, die nach innen und außen eine erfolgreiche Weiterführung der deutschen Politik erhoffen läßt.

Poincarés Programm.

„Deutschland soll wiederherstellen."

Die ministerielle Erklärung, in der Poincaré, wie üblich, zum Beginn seiner Amtstätigkeit seine politischen Absichten zusammenfaßt, ist ein Dokument der unentwegten Gewaltpolitik gegen Deutschland, wie man es nicht schärfer erwarten konnte. Poincaré weist zunächst darauf hin, daß es die Sorge der Regierung sein werde,

die bestehenden Bündnisse zu festigen

und betont den Willen, sich auf den Vertrag von Versailles zu stützen. Bezüglich der Konferenz von Genua ist das Kabinett der Ansicht, daß Frankreich im Voraus von den Sowjets Sicherheiten fordern müsse. Deutschland, **das seine Unterschrift unter den Vertrag von Versailles gesetzt habe, müsse sich endlich entschließen, seine Verpflichtungen zu halten und die von ihm verursachten Ruinen wiederherzustellen.** Weiterhin will Poincaré sagen, daß Europa endgültig

von den deutschen Träumen befreit

werden müsse. Frankreich wolle zwar Beweise seiner Geduld, seines guten Willens und seiner Mäßigung ablegen, müsse aber die gerechtfertigten Reparationen erhalten und jederzeit zum Schutze der neugegründeten Staaten bereit sein. Frankreich müsse somit zu dem einzigen Mittel greifen, das sich seit Januar 1920 als wirksam erwiesen habe: Es müsse **zu einem militärischen Druck an den Rheinbrückenköpfen schreiten und sich das Recht zu einer direkten Verfolgung Deutschlands vorbehalten.** Wenn der von Lloyd George vorgeschlagene Vertrag Wirkung erlangen soll, muß Frankreich innerhalb der im Friedensvertrag verzeichneten Fristen volles Recht haben, **alle seine Druckmittel Deutschland gegenüber in Anwendung zu bringen,** um dieses zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen und von allen Revanchegedanken, die es in Osteuropa zu verwirklichen sucht, abzuhalten. Dies sei weder Imperialismus noch Militarismus!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Die Reparationskommission hat beschlossen, an die Stelle der Monatsprogramme für Kohlen und Koks ein innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten — Februar, März, April — zu bewerkstelligendes Lieferungsprogramm zu setzen. Die während dieses Zeitraumes zu liefernde Gesamtmenge ist auf 5 750 000 Tonnen festgesetzt worden, wobei der Koks durch sein Aquivalent an Kohle ausgedrückt ist. Es wurde vereinbart, daß die Lieferungen sich ziemlich gleichmäßig auf die ganze in Aussicht genommene Periode verteilen sollen. Die deutsche Delegation hat die feste Verpflichtung übernommen, das angegebene Programm auszuführen. — Dadurch ist unsere Last zwar nicht erleichtert worden, wohl aber eine freiere Beweglichkeit in ihrer Ableistung gegeben.

Wer geht nach Genua?

Bei der Erörterung der Frage, wer Deutschland in Genua vertreten wird, nimmt man vorläufig in Parlamentskreisen an, daß der Reichskanzler Dr. Wirth sowie Dr. Rathenau und einige Mitglieder der deutschen Delegation, die an den Verhandlungen in Cannes teilgenommen haben, den Genueser Beratungen beiwohnen werden. Die Frage ist jedoch noch nicht entschieden, denn auch im englischen Kabinett herrscht noch keine Übereinstimmung darüber, ob Lloyd George persönlich nach Genua gehe, insbesondere, da es zweifelhaft sei, ob Poincaré dorthin gehen werde.

Oberschlesische Rechtsfragen.

Als Leiter der zwölften Unterkommission bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen hat Reichsminister a. D. Dr. Simons in den letzten Tagen zahlreiche Rücksprachen innerhalb der deutschen Delegation und mit einzelnen Mitgliedern der polnischen Delegation gehabt. Dabei handelt es sich um außerordentlich schwerwiegende Fragen. Während auf der einen Seite die Zuständigkeit der zur Überwachung der Genfer Entscheidung bestimmten gemischten Kommission und des Schiedsgerichts in möglichst eingehender und klarer Fassung festgelegt werden muß, ist andererseits darauf Bedacht zu nehmen, daß tiefere Eingriffe in die Souveränität der beiden beteiligten Staaten tunlichst vermieden werden. Insbesondere wird zu prüfen sein, welcher Kreis von Angelegenheiten unter die Zuständigkeiten der beiden Kommissionen fällt, ob ihre Entscheidungen unmittelbar vollstreckbar und ob ihr Schiedsspruch nur von den beiden beteiligten Staaten oder auch von Privaten soweit verlangt werden kann.

Frankreich.

× **Poincaré einst wie jetzt.** Der französische Publizist Leon Blum veröffentlicht im „Populaire" einen Artikel gegen Poincaré, „den Kriegsstifter". Nach ihm hätten bereits die Schnäbele-Affäre im Jahre 1886, der Algeciras- und Agadir-Zwischenfall 1905 bzw. 1911 zum Kriege geführt, wenn damals Poincaré Präsident der Republik oder Ministerpräsident gewesen wäre. Mit Gewißheit, fährt Blum fort, werden wir dazu kommen, die Frage der unmittelbaren und tatsächlichen Verantwortlichkeit für den Krieg zu erörtern. Inzwischen dürfen wir bei der größten Mäßigung ein erstes Urteil der Welt als feststehend betrachten, daß Poincaré moralisch irgendwie mitverantwortlich sei.

Italien.

× **Bedenkliche Erkrankung des Papstes.** Aus dem Vatikan wird amtlich gemeldet, daß der Papst wegen eines grippeartigen Bronchialkatarrhs das Bett hüten muß und alle Audienzen abgesagt hat. Weitere Nachrichten besagen, daß der Zustand des Papstes zu einigen Besorgnissen Anlaß gäbe. Das Fieber sei während des Tages auf 39,9 Grad gestiegen. Infolge der großen Ausdehnung des Bronchialkatarrhs befürchtet der Arzt in Anbetracht des Alters des Papstes Komplikationen.

Deutscher Reichstag.

(154. Sitzung.) CB. Berlin, 19. Januar.

Die heutige erste Sitzung nach den Weihnachtsferien fand vor einem stark besetzten Hause statt. Eröffnet wurde die Sitzung von dem Präsidenten Loebe mit einem dem verstorbenen Abgeordneten v. Delbrück (Deutschnat.) gewidmeten Nachruf. Der Präsident verwies auf die mannigfache Tätigkeit des Verstorbenen im Dienste des Vaterlandes und auf seine Mitarbeit im Verfassungsausschusse in Weimar. „Er war ein vornehmer Mann, der nie verletzen konnte, ein pflichtgetreuer Charakter, der nie ermüdete, bis das Leiden ihn niederzwang. Ein guter Mensch ist mit ihm von uns gegangen," mit diesen Worten schloß der Präsident den Nachruf. Für den Abg. v. Delbrück ist die Abgeordnete Frau Hoffmann-Bochum in den Reichstag eingetreten.

Der erste Punkt der Tagesordnung bestand in einer Interpellation aller bürgerlichen Parteien wegen der Futtermittelversorgung. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die Beantwortung in der vorgeschriebenen Frist geschehen werde. Dasselbe Geschick hatte die an zweiter Stelle stehende Interpellation der Deutschnationalen wegen des Wagenmangels der Reichseisenbahn. Sodann wurde das Gesetz zur Vereinfachung des Aufgebotverfahrens an den Rechtsausschuß und die Vorlage über die Errichtung einer Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherungen an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Schöffen- und Geschworenenauswahl.

Hierauf kam man zu dem Gesetzentwurf über die Entschädigung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner. Sie sollen wie die Geschworenen und Schöffen neben den Reisekosten Tagegelder erhalten.

Abg. Dr. Rosenfeld (U.-Soz.) verlangte darüber hinaus

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF